

100 Jahre Novemberrevolution - 100 Jahre KPD

Welche Lehren ziehen wir? Wie ist der Kampf für die Revolution in Deutschland heute zu führen?



KOMMUNISTISCHE
ORGANISATION

Inhalt

Einleitung	3
A. Die historische Entwicklung bis zur Novemberrevolution	3
B. Die Ereignisse und ihre wichtigsten Lehren	5
1) Die Entwicklung bis zum ersten Weltkrieg	5
2) Der erste Weltkrieg und die sozialistische Oktoberrevolution	6
3) Der Januaraufstand 1918	7
4) Die militärische Niederlage und das Heranreifen der revolutionären Situation	8
5) Unmittelbar vor der Novemberrevolution	10
6) Ausbruch der Revolution	10
7) Die Revolution in Berlin	13
8) Die Wahl des Arbeiter- und Soldatenrats Berlin	15
9) Die Gegenrevolution stellt sich auf	15
10) Die Rolle der Räte	16
11) Der Reichsrätekongress	17
12) Weihnachtskämpfe und Gründung der KPD	19
13) Januarkämpfe in Berlin	20
14) Ermordung Liebknecht/Luxemburg und Wahl zur Nationalversammlung	21
15) Die wichtigsten Lehren der Novemberrevolution	22
Kurze Zusammenfassung	23
Literatur	27

Einleitung

Der 100. Jahrestag der Novemberrevolution fällt in eine Phase der Entwicklung der Arbeiterbewegung, die von mangelnder Organisierung, politischer Orientierungslosigkeit und zugleich großen Herausforderungen geprägt ist. Fast dreißig Jahre nach der Konterrevolution von 1989 gegen den Sozialismus wirkt sich diese Niederlage immer noch auf die Bewußtseinslage und den Organisationsgrad der Arbeiterklasse aus. Gleichzeitig verschärfen sich die Widersprüche des Imperialismus mit zunehmender Geschwindigkeit.

Die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und die Notwendigkeiten zu erkennen, feste und klassenbewußte Organisationen aufzubauen und sich für den Sturm auf die Festung der kapitalistischen Herrschaft zu rüsten, ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung. Die Novemberrevolution zeigt, dass sie damit nicht zu spät beginnen darf, dass der Aufbau von Organisationsstrukturen, in denen möglichst große Teile der Klasse Aufgaben übernehmen, Erfahrungen sammeln und in der Auseinandersetzung mit der Klasse der Kapitalisten die Kraft formen, die sie braucht, um in der revolutionären Situation den Kurs zu halten und schließlich ihre eigene Macht, ihren eigenen Staat aufzubauen.

Die wichtigste Errungenschaft der Novemberrevolution und zugleich ihr größter Mangel war die Gründung der KPD, die zu spät kam um die Revolution zu retten, aber die den Grundstein für eine der größten und kampfstärksten kommunistischen Parteien der Welt gelegt hat.

Jeder Jahrestag wichtiger historischer Kampfetappen der Arbeiterbewegung sollte uns dazu dienen, den heutigen Kampf voranzubringen und die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Das genaue Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer wichtigsten Erkenntnisse und seine Verbreitung in der Arbeiterklasse ist eine der Aufgaben, die wir uns gestellt haben. Dazu erstellen wir zum Jahrestag der Novemberrevolution diesen Reader und eine erste Auswahl von weiter führender Literatur und Filmen. Im Rahmen der Arbeitsgruppe zur revolutionären Arbeiterbewegung und zur Kommunistischen Partei werden wir die Arbeit zum Ablauf und Erfahrungen der Novemberrevolution vertiefen. In der nächsten Zeit werden wir die kommenden Jahrestag der Gründung der KPD, der Gründung der Kommunistischen Internationale im März 1919, des Generalstreiks gegen den Kapp-Putsch im Jahr 1920 und die anschließenden revolutionären Kämpfe bis 1923 nutzen, um uns die Erkenntnisse der Arbeiterbewegung und ihrer Kämpfe anzueignen und zu verbreiten.

A. Die historische Entwicklung bis zur Novemberrevolution

Um die Phase der Novemberrevolution zu verstehen, müssen wir den größeren Kontext der Entwicklung des Kapitalismus verstehen. Die Faktoren, die zur Entstehung und zum Verlauf der Novemberrevolution geführt haben, liegen in der grundsätzlichen Entwicklung des Kapitalismus, die im und nach dem ersten Weltkrieg auf einen Höhepunkt zusteuerte. Um die veränderten Klassenverhältnisse und damit die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse zu verstehen, müssen wir die Entwicklung der Produktivkräfte, der ökonomischen Basis betrachten.

Vom letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg bildete sich das imperialistische Stadium des Kapitalismus heraus, er entwickelte sich vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist bereits über den Rahmen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse hinausgegangen, der Kapitalismus ist faulend und auf dem absteigendem Ast und mit ihm die Bourgeoisie. Sie ist nur noch reaktionär und muss versuchen, den gesetzmäßigen Verlauf der Geschichte aufzuhalten. Die Arbeiterklasse ist Trägerin des Fortschritts der Produktivkräfte und ihrer adäquaten Form - ihrer Vergesellschaftung.

Die Epoche des Imperialismus ist die Epoche der proletarischen Revolution. Damit ist eine andere Kampfsituation eingetreten. Während bis dahin die Organisationen der Arbeiterklasse insbesondere ihren stärkeren Zusammenschluss unter anderem in Gewerkschaften, ihre politische Emanzipation und den Kampf im Parlament zur Aufgabe hatten und dies von der SPD mit einer weitgehend revolutionären Programmatik erfüllt wurde, ging es nun nicht mehr um die Sammlung der Kräfte für den Sturm auf die Macht der Bourgeoisie, sondern darum den Sturm durchzuführen. Dafür waren andere Organisationen notwendig und die Aufgabe musste dem Proletariat klar vor Augen geführt werden: Der Kampf um die Macht, um die Diktatur des Proletariats.

Die Entwicklung zum Imperialismus hat die Bedingungen für beide Klassen verändert. Die Bourgeoisie muss ihren Kampf um die Neuaufteilung der Welt und die Verschärfung der Ausbeutung im Inland forcieren. Grund ist die gestiegene Bedeutung des Kapitaleports, der Ressourcen- und Marktsicherung sowie der tendenzielle Fall der Profitrate, der mit der Monopolisierung verschärft wird. Krieg zwischen den imperialistischen Mächten ist unvermeidlich geworden.

Für die Arbeiterklasse gewinnt die Organisation der Revolutionäre - die Partei - eine neue Bedeutung, sie muss die Massen organisieren und Bewußtsein für ihren Kampf schaffen. Mit den Monopolprofiteuren kann die Bourgeoisie eine kleine Schicht der Arbeiterklasse bestechen und auf ihre Seite ziehen. Die Arbeiteraristokratie wird zu einer Schicht von Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse und zur Trägerin des Opportunismus und Revisionismus. Die Spitze und der Apparat der Gewerkschaften wird zu einer Arbeiterbürokratie, die zum Teil des Staatsapparates wird und die Unterdrückung der Arbeiterklasse mit organisiert. Der ideologische Kampf gewinnt an Bedeutung und insbesondere in der Frage der Staatsmacht in der Revolution. In dem Moment der revolutionären Situation wird die Bewußtseinslage der Arbeiterklasse in diesen Fragen zu einem Faktor, der über Sieg oder Niederlage entscheidet.

Die Novemberrevolution zeigt wie im Brennglas sowohl die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus, seinen schnellen Aufstieg, seine katastrophale Niederlage und damit die besondere Schwäche der deutschen Bourgeoisie, die sich aus ihrer späten Entstehung und einigen objektiven Faktoren ihrer Lage ableitet. Sie zeigt zugleich das große Potential der deutschen Arbeiterbewegung, ihre beispiellose Organisiertheit und Kampferfahrung und zugleich ihre Schwäche gegenüber dem Opportunismus, der schließlich zum Totengräber der Revolution wird.

B. Die Ereignisse und ihre wichtigsten Lehren

Im Folgenden werden die Ereignisse und ihre Entwicklung dargestellt, verbunden mit den zentralen Erkenntnissen. Er ist im Wesentlichen eine komprimierte Zusammenfassung des Abschnitts zur Novemberrevolution in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3 sowie des Textes von Walter Ulbricht zur Novemberrevolution. Am Ende befindet sich eine Literaturliste mit vertiefender und weiter führender Literatur.

1) Die Entwicklung bis zum ersten Weltkrieg

Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich der Kapitalismus zu seinem imperialistischen Stadium. Es setzte eine rasante Konzentration der Produktion und des Kapitals ein. Es entstanden Monopole - große Konzerne, in denen zehntausende von Arbeitern riesige Maschinen in Gang setzten. Die Banken walteten über immer größere Mengen von Geld und hatten starken Einfluss auf Industrie und Produktion gewonnen. Aus den Fabriken des frühen Kapitalismus war eine geballte Macht von Industrie und Banken entstanden, die auf der ganzen Welt investierte und um Einfluss rang.

Die Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten und ihren Konzernen und Monopolen steigerte sich immer weiter. Um 1900 befanden sich vor allem Großbritannien und das schnell aufstrebende Deutschland in Konkurrenz zueinander und hatten ein Wettrüsten begonnen. Der deutsche Nationalstaat wurde erst 1871 gegründet, danach setzte eine rasante Entwicklung der Industrie ein. Gegen 1900 hatte die deutsche Industrie die Konkurrenz aus England und Frankreich bereits überflügelt. Der Nachteil der deutschen Kapitalisten war, dass sie über keine Kolonien verfügten und damit nicht über sichere Absatzmärkte und Rohstoffquellen.

Die herrschenden in Deutschland bereiteten einen großen Krieg vor, um sich an die Spitze zu setzen und die Konkurrenten auszuschalten. Dafür wurden Ideologien entwickelt, die diesen Kampf um den „Platz an der Sonne“ zu rechtfertigen. Rassistische Theorien von höheren und niederen Rassen wurden in Umlauf gebracht und Organisationen wie der „Alldeutsche Verband“ gegründet, der die Interessen der Monopole politisch verbreitete.

Eine Neuaufteilung der Welt war aus Sicht der Konzerne und Banken notwendig geworden und das Kaiserreich rüstete zum Krieg. In den Jahren von 1870 bis 1890 wurde das Heer auf 557.000 Soldaten fast verdoppelt. 1913 wuchs sie auf 790.000. Sie wurde im Verhältnis zur Bevölkerung die größte Armee der Welt - ausgerüstet mit schwerer Artillerie und einer großen Marine, die England die „Seehoheit“ abnehmen sollte.

Lenin analysierte die Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus und kam zu dem Schluss, dass Krieg zwischen den imperialistischen Staaten unvermeidlich ist. Er machte klar, dass es ein imperialistischer Krieg von allen Seiten ist und es sich nicht um Vaterlandsverteidigung handelte, wie die Herrschenden vorgaben. Seine Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des

Kapitalismus“ war ein wichtiger Schritt für die Arbeiterbewegung, um die Lage zu erkennen und richtig handeln zu können.

Die deutsche Arbeiterbewegung war eine der stärksten und am besten organisierten der Welt. Die SPD war eine Partei mit einem revolutionärem Programm. Aber seit Ende des 19. Jahrhunderts konnten sich Kräfte in der Partei durchsetzen, die behaupteten, man brauche keine Revolution, um zum Sozialismus zu kommen. Das ginge auch friedlich und mit Reformen, Schritt für Schritt. Ein wichtiger Vertreter dieser Richtung war Eduard Bernstein. Diese Kräfte passten sich immer mehr an die bürgerliche Herrschaft an. Der Opportunismus konnte auch stärker werden, weil die Konzerne mit ihren stark steigenden Gewinnen eine oberste Schicht der Arbeiterklasse, insbesondere in der Führung der Gewerkschaften, bestechen konnte.

2) Der erste Weltkrieg und die sozialistische Oktoberrevolution

Am 4. August 1914 erklärte Deutschland Frankreich den Krieg, der schnell zu einem Weltkrieg wurde, an dem alle wichtigen Länder beteiligt waren. Es war ein Krieg mit Massenvernichtungswaffen, Millionen von toten Soldaten und Zivilisten, mit dem Einsatz von ersten Panzern und Luftwaffe. Er zeigte die barbarische Fratze des Kapitalismus und stürzte die Menschen in Not und Verzweiflung.

Die SPD-Führung hatte den Kriegskrediten zugestimmt und damit den Krieg ermöglicht. Obwohl noch Demonstrationen mit Zehntausenden gegen den Krieg stattfanden, fielen Friedrich Ebert, der Vorsitzende der SPD und der Parteivorstand den Massen in den Rücken und schickten sie mit dem Kaiser auf die Schlachtfelder. Unter den Arbeitern gab es kaum Kriegsbegeisterung - anders als oft behauptet wird. Aber nun waren sie verwirrt und hatten keine Möglichkeiten mehr, dem Krieg etwas entgegen zu setzen.

Karl Liebknecht war der erste Abgeordnete, der bei der zweiten Abstimmung gegen die Kriegskredite stimmte und den Kampf gegen den Krieg organisierte. 1917 spaltete sich ein Teil der SPD ab, der sich gegen die Kriegspolitik wandte und die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD) gründete. An ihrer Spitze standen aber nicht Revolutionäre, sondern sogenannte „Zentristen“, die zwischen Revolution und Reformismus schwankten und in Worten revolutionäre waren, in Taten aber opportunistisch. Innerhalb der USPD bildete der Spartakusbund die Vereinigung der Revolutionäre, an deren Spitze Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg standen.

Der Krieg entwickelte sich schnell zu einem Stellungskrieg und die deutschen Generale erreichten ihre Kriegsziele nicht. Es kam zu einer Krise in fast allen kriegführenden Ländern, deren Reserven und Kräfte bald ausgeschöpft waren. In Russland war die Krise besonders tief und das Regime des Zaren besonders morsch. Es kam zu einer Revolution, die die hunderte Jahre lange Herrschaft stürzte. Die an die Macht gekommene bürgerliche Regierung setzte aber den Krieg fort, die Krise verschärfte sich. Die stark organisierte Arbeiterbewegung unter Führung der Bolschewiki stürzte auch die Kapitalisten und errichtete die erste sozialistische Macht.

1917 kam es auch in Deutschland zur Krise, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Die Industrieproduktion lag nur noch bei 57% des Vorkriegsniveaus, die Konsumgüterproduktion war eingeschränkt oder stillgelegt, es wurde nur noch für den Krieg produziert. Die landwirtschaftliche

Produktion lag 40 bis 60% unter Vorkriegsniveau. Die Nahrungsmittelrationen hatten im Vergleich zu Friedenszeiten von Fleisch nur 20%, von Butter 21%, von Eiern 13%. Die Reallöhne waren 25% unter dem Vorkriegsstand, die Arbeitszeit lag bei zehn bis zwölf Stunden, auch sonntags. Der Hunger breitete sich in den Städten aus. Die Staatsmacht verschärfte die Kontrolle und hatte längst die Form einer Militärdiktatur angenommen.

Viele Arbeiter in Deutschland waren begeistert von der sozialistischen Revolution in Russland und steigerten ihre Kämpfe Ende 1917. Trotz des Belagerungszustands kam es zu Demonstrationen, die von der Polizei niedergeschlagen wurden. In Berlin und im Ruhrgebiet kam es zu Streiks. Die SPD begrüßte die Oktoberrevolution, aber nur aus taktischen Gründen, um nicht an Einfluss zu verlieren. Sie stimmte weiter den Kriegskrediten zu. Aus Angst vor einer Massenbewegung forderte sie einen „Verständigungsfrieden“ mit Russland. Das hieß im Klartext, dass der junge sozialistische Staat alle Bedingungen Deutschlands akzeptieren müsse.

Die Regierung stimmte einem Waffenstillstand mit Russland zu, um die Massen, die auf Frieden hofften in die Irre zu führen. Eigentlich hatte die Heeresführung das Ziel, möglichst große Gebiete mit dem Abschluss annekieren zu können und eine militärische Entlastung an der Ostfront zu erreichen, um den Krieg fortsetzen zu können.

3) Der Januaraufstand 1918

Der Spartakusbund, die Vereinigung der Revolutionäre innerhalb der USPD, rief zu Streiks und Demonstrationen auf, um die Kriegsindustrie zum Stillstand zu bringen. In Zusammenarbeit mit den revolutionären Obleuten, dem linken Flügel der USPD, wurde für Streiks im Januar 1918 mobilisiert. Hunderttausende Arbeiter legten die Arbeit nieder und gingen auf die Straße, allein 400.000 in Berlin und schnell in ganz Deutschland, in Dortmund, Hamburg, Kiel, Essen, München, Köln und anderen Städten. Insgesamt streikten mehr als eine Million Arbeiter.

In Berlin bildeten die Arbeiter einen Arbeiterrat und wählten einen Aktionsausschuss von elf Arbeitern, vor allem aus den Reihen der Obleute. Auf Vorschlag des Vorsitzenden, Richard Müller, wurden je drei Vertreter von SPD und USPD hinzugezogen. Für die SPD zogen Friedrich Ebert und Philip Scheidemann in den Ausschuss. Dies war eine verhängnisvolle Entscheidung, denn Ebert und Scheidemann traten dort nur ein, um den Streik so schnell wie möglich zu beenden. Scheidemann sagte in einem Prozess 1924: „Wenn wir nicht in das Streikkomitee hineingegangen wären, dann wäre der Krieg und alles andere meiner festen Überzeugung nach schon im Januar erledigt gewesen. Durch unser Wirken wurde der Streik bald beendet und alles in geregelte Bahnen gelenkt. Man sollte uns eigentlich dankbar sein.“ (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, S. 33)

Bevor Ebert und Scheidemann erfolgreich waren, wuchs die Streikbewegung aber zunächst an, überall wurden Räte gebildet und Ausschüsse gewählt. Die Militärbehörden verboten alle Streiks und die Bildung von Streikkomitees und lösten die Ausschüsse auf. Die Polizei stürmte das Gewerkschaftshaus und die Versammlungsräume der Arbeiter. Für den 31. Januar rief der Berliner Aktionsausschuss zu Massendemonstrationen auf, an der viele Frauen teilnahmen. Die Polizei attackierte die Demonstration mit Säbeln und berittener Gendarmerie. Die Arbeiter leisteten Widerstand und bauten Barrikaden. Die Polizei schoss in die Menge und tötete mehrere Arbeiter

und verletzte zahlreiche. Es kam zu Massenverhaftungen, die Kriegsgerichte urteilten täglich 500 bis 600 Arbeiter zum Kriegsdienst als Strafe ab.

Unter Androhung schwerer Strafen forderten die Behörden, dass ab dem 4. Februar wieder an die Arbeit gegangen wird, in der Nähe Berlins wurden zuverlässige Truppen aufgestellt. Der Spartakus-Bund rief dazu auf, durchzuhalten und weiter zu streiken. Der Aktionsausschuss war aber bereits durch die SPD und die schwankende Haltung der USPD irregeführt und brach die Aktionen ab. Die Streikbewegung endete mit einer Niederlage. Dennoch war sie ein herausragendes Ereignis und der Wendepunkt in der Stimmung des Proletariats. Sie zeigte die gestiegene Kampfbereitschaft, aber auch die große Schwäche: Das Fehlen einer ideologisch und organisatorisch einheitlichen Partei. Der Spartakusbund hatte die Aktion in Gang gebracht und mit großer Anstrengung vieles geleistet, unterschätzte aber die Bedeutung der Organisation im Klassenkampf. Die Zugehörigkeit zur USPD verhinderte seine revolutionäre Wirksamkeit.

Die Strafen, die die Militärbehörden verhängte, waren drastisch. Allein in Berlin wurden 50.000 Streikende zum Militärdienst einberufen. Diese Strafen hatten aber auch einen anderen Effekt: An der Front waren nun tausende von kampferfahrenen Arbeitern. Der Spartakusbund orientierte deshalb auf die verstärkte Arbeit in der Armee und auf die Bildung von Räten.

4) Die militärische Niederlage und das Heranreifen der revolutionären Situation

Die deutsche Armee begann eine erneute Offensive an der Ostfront. Aber die Soldaten waren bereits erschöpft und viele waren von der Revolution begeistert. Es kam überall zu Meutereien und Verbrüderungen. Die militärische Niederlage war nur eine Frage der Zeit. Bereits im Dezember 1917 verhandelten die Konzernchefs mit den Gewerkschaftsführern und beschlossen ein „sozialpolitisches Arbeiterprogramm“, das der wachsenden Massenbewegung die Kraft nehmen sollte. Es sah vor, die Monopole unter die Aufsicht des Staates zu stellen und gab dies als Sozialisierung aus. Die Gewerkschaften sollten als Vertretungsorgane anerkannt werden und begrenzte Reformen sollten die Massen beruhigen.

Vorerst wurden die Verhandlungen unterbrochen und erst nach der Verschlechterung der militärischen Lage wieder aufgenommen. Die SPD rückte von der Zustimmung zur Oktoberrevolution ab und schwenkte auf die antikommunistische Hetze ein. In einem Aktionsprogramm vom Mai 1918 forderte sie politische Reformen, die dem Volk mehr Einfluss auf Reichstag und Regierung geben sollten. Die Partei versprach, den Sozialismus auf friedlichem Wege, ohne Revolution zu erreichen und orientierte auf das Parlament und Wahlen. Das sollte von der Revolution ablenken.

Auch die Führung der USPD orientierte auf die „reine Demokratie“ und stellte sich gegen die Diktatur des Proletariats. Räte sollte es nur als Kampforgane der Arbeiterklasse, nicht aber als Staatsmacht geben. Damit verschleierten Karl Kautsky und andere den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie. Lenin beobachtete die Entwicklung in Deutschland genau und erkannte, dass die Frage der Staatsmacht in der Revolution eine Schlüsselfrage wurde. In seiner Schrift „Staat und Revolution“ von 1917 widerlegte er die These des über den Klassen stehenden

Staates und arbeitete heraus, dass die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen und ihre eigene Herrschaft errichten muss. In der Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ vom November 1918 entlarvte er die opportunistische Theorie von der „reinen Demokratie“ Kautskys und wies nach, dass sie die völlige Abkehr von der marxistischen Staatslehre bedeutete.

Im Sommer 1918 kam es zur nächsten Streikbewegung und zu Demonstrationen. Überall wurde die Unzufriedenheit der verschiedenen Teile der Bevölkerung sichtbar. Im September 1918 stand die militärische Niederlage fest. Lenin fasste den Versuch des deutschen Imperialismus, die Weltherrschaft zu erobern so zusammen: „Zuerst hat er sich über drei Viertel Europas ausgebreitet und sich unglaublich aufgebläht, denn aber ist er unter Zurücklassung eines fürchterlichen Gestanks geplatzt.“ (GddAB, Band 3, S. 68) Das deutsche Volk bezahlte diesen Versuch mit 6,5 Millionen Toten, davon 4,5 Millionen Zivilisten, hunderttausenden Krüppeln und zerstörten Familien. Die Banken und Konzerne gewannen dagegen rund 50 Milliarden Reichsmark Gewinne.

Ende September 1918 war der deutsche Imperialismus zum schwächsten Glied der Kette geworden, die revolutionäre Situation reifte heran. Nun wurde die Ablenkung der Arbeiter und Volksmassen für die Kapitalistenklasse umso wichtiger. Am 30. September erließ Kaiser Wilhelm II. einen Erlass zur „Parlamentarisierung“ der Regierung. Der Reichstag bekam einige Rechte, Kriegserklärungen sollten nur noch mit Zustimmung des Reichstags möglich sein. Prinz Max von Baden wurde zum Kanzler ernannt. Die SPD sollte aber auch in die Regierung kommen, um sie in die volksfeindliche Politik einzubinden und der Regierung eine neue Legitimation zu verschaffen. Der imperialistische Ausweg aus der Kriegsniederlage konnte nur mit der SPD gelingen. Mit ihr konnte die Arbeiterbewegung gespalten und die Revolution lahm gelegt werden.

Der neue Kanzler Prinz Max von Baden sagte: „Wir stehen mitten in einer Revolution. Gelingt es mir, diese friedlich zu gestalten, so können wir noch als Staat nach Friedensschluss weiter bestehen. Gelingt das nicht, so kommt die Revolution der Gewalt und der Untergang. Heute noch hoffe ich, den Kaiser und die Dynastie Hohenzollern zu retten. (...) Gottlob, dass ich in den Sozialdemokraten Männer auf meiner Seite habe, auf deren Loyalität wenigstens ich mich vollkommen verlassen kann. Mit ihrer Hilfe werde ich hoffentlich imstande sein, den Kaiser zu retten.“ (Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart/Berlin/Leipzig, 1927, S. 405f.)

Die SPD trat der Regierung bei, Scheidemann und der Gewerkschaftsvorsitzende Gustav Bauer wurden zu Ministern. Ebert sagte, eine Ablehnung durch die SPD würde bedeuten, das „weitere Schicksal Deutschlands der Partei der Revolution zu überlassen“, aber niemand könne „doch der Meinung sein, dass solche Zustände wie in Russland wünschenswert sind. Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen.“ (GddAB, Band 3, S. 71) Die Regierung sollte sofort mit Waffenstillstandsverhandlungen beginnen, die die Oberste Heeresleitung nicht selbst führen wollte, um die Schuld an der Niederlage der zivilen Regierung in die Schuhe schieben zu können. Die sogenannte Dolchstoßlegende sollte das Militär von jeder Schuld reinwaschen.

Der Spartakus-Bund erkannte die Rolle der SPD-Führer und brachte sie auf den Punkt: „Die Scheidemann und Bauer, die jetzt mit einem Kuß auf die Hand der deutschen Monarchie beginnen, werden noch mit blauen Bohnen (Schusswaffenmunition) gegen streikende und

demonstrierende Arbeiter enden.“ (GddAB, BAnd 3, S. 73) Anfang Oktober 1918 war die Herrschaft der Konzernherren und Großgrundbesitzer in Deutschland am Ende, sie konnte sich nicht mehr auf Teile der Bevölkerung stützen, sie war isoliert und geschwächt. Die Armee war zersetzt und erschöpft, die Mehrheit der Soldaten war nicht mehr bereit, den Befehlen zu gehorchen. Der Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft hatte sich durch den Krieg beschleunigt. Objektiv war eine sozialistische Revolution nötig und möglich. Es war eine günstige Situation für die Arbeiter. Aber sie waren gespalten und die Revolutionäre schlecht organisiert.

5) Unmittelbar vor der Novemberrevolution

Unmittelbar vor dem Ausbruch der Novemberrevolution war die Arbeiterbewegung von drei Kräften geprägt: Die SPD- und Gewerkschaftsführung, die bereits in die Regierung eingebunden und zum Aufhalten der Revolution bereit war alles zu tun. Die USPD-Führung, die größtenteils den Kurs des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus mitrug, im Gegensatz zu den vielen revolutionären Arbeitern an der Basis der Partei. Der Spartakus-Bund, der auf die Errichtung einer sozialistischen Räterepublik orientierte und am entschiedensten und konsequentesten den Kampf der Arbeiter vorantrieb, aber nicht eigenständig organisiert war.

Die USPD begrüßte die Regierungsbeteiligung der SPD als Demokratisierung und stimmte den begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen vorbehaltlos zu. Spartakus dagegen orientierte im ersten Schritt auf die Aufhebung des Belagerungszustands, die Abschaffung des Hilfsdienstgesetzes und die Verkürzung der Arbeitszeit. Aber auch auf die Enteignung des Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten und die Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien. Zugleich orientierte er auf die sozialistische Revolution und machte klar: „Der Kampf um wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel; er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.“ (GddAB, Band 3, S. 78)

Der Krieg ging weiter, der Kaiser war noch immer an der Macht, die Lage wurde auch mit Parlamentsregierung und SPD-Ministern schlechter. Die SPD versuchte noch, Massenaktionen zu verhindern und stimmte Masseneinberufungen zum Militär zu. Aber es kam zu Demonstrationen und Streiks, die erzwangen, dass Karl Liebknecht aus dem Gefängnis entlassen werden musste. Er wurde am Anhalter Bahnhof in Berlin von tausenden Arbeitern empfangen, die die Polizeiketten durchbrochen hatten.

Forderungen nach Absetzung des Kaisers wurden laut. Dieser floh Ende Oktober nach Holland. Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck verhandelten mit den Revolutionären Obleuten, wie die Revolution durchgeführt werden könnte. Der Spartakus-Bund schlug vor, einen Generalstreik auszurufen, der in einen bewaffneten Aufstand übergehen sollte. Aber die Obleute zögerten. Währenddessen kam es zu ersten Demonstrationen in Hamburg, Berlin, Hanau, Stuttgart, Frankfurt, Kassel, Mannheim und anderen Städten.

6) Ausbruch der Revolution

Der Auslöser der Revolution war ein Befehl der Seekriegsleitung, die zu einer „Endschlacht“ gegen Englands Flotte auslaufen wollte. Aber die Matrosen erkannten, dass ihnen damit ein Grab

auf hoher See geboten wurde und verweigerten den Befehl. Am 29. Oktober begann der Aufstand, es wurden sofort Matrosenräte gebildet. Auf den Schiffen wurden rote Fahnen gehisst und die Feuer in den Kesseln gelöscht, um zu verhindern, dass sie auslaufen können. Die Anker wurden nicht gelichtet und die Schiffe blieben wo sie sind. Schnell heranrückende Marineinfanterie und U-Boote drückten den Aufstand nieder, es kam zu über 1000 Verhaftungen.

Immer mehr Soldaten erfuhren von der Niederschlagung und Gefangennahme. Am 3. November begannen Matrosen in Kiel den bewaffneten Aufstand, um weitere Verhaftungen zu verhindern und die Gefangenen zu befreien. Massenkundgebungen der revolutionären Kräfte in der USPD fanden statt, eine große Demonstration durch Kiel formierte sich.

Der Oberheizer Karl Artelt berichtete über den Beginn des Aufstands: „Unter Rufen wie: ‚Es lebe die Internationale! Es lebe die deutsche Republik! Weg mit dem Kaiser!‘ zogen die Versammlungsteilnehmer in einer grossen, zum Teil bewaffneten Demonstration durch die Strassen der Stadt. Die Kommandantur hatte Militärstreifen eingesetzt, die den Zug auflösen sollten. Wir ließen uns jedoch nicht aufhalten und entwaffneten die Patrouillen mühelos. Inzwischen hatte sich unser Demonstrationzug durch weitere Teilnehmer vergrößert, die sich dem Zug spontan angeschlossen hatten. Vor dem Kaiser-Café empfing uns plötzlich Maschinengewehrfeuer. Unser Demonstrationzug stoppte. Als wir feststellten, dass niemand getroffen war, gingen wir weiter. Daraufhin schossen die Maschinengewehrschützen direkt in unseren Zug hinein. Vierzig bis fünfzig Demonstranten, darunter auch Frauen und Kinder, brachen unter den Kugeln zusammen. Acht von ihnen wurden getötet und neunundzwanzig schwer verletzt. Durch die Massen ging ein Schrei der Entrüstung und des Protestes. Nachdem die Mörder, die unter dem Kommando des Leutnants Steinhäuser standen, auch angesichts dieses Blutbades nicht bereit waren, das Feuer einzustellen, sprang ein Matrose aus der vorderen Reihe des Demonstrationzuges vor und schlug den Leutnant Steinhäuser mit dem Gewehrkolben nieder . . . Junge Matrosen und Arbeiter stürmten die Stellung der Maschinengewehrschützen und schlugen sie in die Flucht ...Dann reichten wir uns alle die Hände und gelobten, mit unerbittlicher Härte gegen die Schuldigen an diesen Opfern und am räuberischen Kriege vorzugehen und nicht eher zu ruhen, bis ihnen für immer ihr schmutziges Handwerk gelegt ist.“ Diese Zusammenstöße in den Straßen Kiels leiteten den bewaffneten Aufstand ein. (GddAB, Band 3, S. 88)

In der Nacht wurden auf den Schiffen und in den Kasernen Arbeiter- und Soldatenräte gewählt. Am 4. November konnten sich die Räte bereits auf 20.000 bewaffnete Kräfte stützen. Sie forderten: Ende des Kriegs, Abdankung der Hohenzollern, Aufhebung des Belagerungszustands, Freilassung der Matrosen, allgemeines Wahlrecht. Die SPD- und Gewerkschaftsführer versuchten zu verhindern, dass die Arbeiter sich anschließen, aber ohne Erfolg. Der Arbeiterrat war paritätisch aus SPD und USPD zusammen gesetzt und rief für den 5. November zum allgemeinen Streik auf. Der Gouverneur von Kiel verfügte nicht mehr über eigene Truppen und musste den Rat anerkennen und die Gefangenen freilassen. Sofort wurden auswärtige Truppen eingesetzt, um den Aufstand niederzuschlagen, aber auch das misslang. Die Soldaten, die in Kiel eintrafen, liefen zur Revolution über, der Rest wurde entwaffnet. Kiel war in der Hand der revolutionären Matrosen. Sie leiteten den Polizei- und Sicherheitsdienst, die Stadtverwaltung und die Lebensmittelverteilung. Der militärische und zivile Apparat lag in den Händen des Rats, der mittlerweile über 40.000 Matrosen und Soldaten verfügte.

Die Regierung geriet in Panik, das Kriegskabinettagte pausenlos. Militärisch gab es keine Option mehr gegen den Aufstand, keine Truppen mehr, die nicht übergelaufen wären. Kiel wurde zunächst abgeriegelt, alle Straßen und Eisenbahnlinien gesperrt. Und die Regierung entsandete Gustav Noske von der SPD, der den Aufstand zurückrollen sollte, damit die Regierung genug Zeit hat, um Truppen zusammen zu stellen, die den Aufstand niederschlagen sollten.

Die SPD rief zu „Ruhe und Ordnung“ auf. Aus dem Aufruf des SPD-Vorstandes vom 4. November 1918: „Arbeiter! Parteigenossen! Durch unterschriftslose Flugblätter und durch Agitation von Mund zu Mund ist an euch die Aufforderung ergangen, in den nächsten Tagen die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Wir raten euch dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen ... Wie ihr alle aus den Zeitungen wißt. hat Genosse Scheidemann im Einvernehmen mit der Partei dem Reichskanzler empfohlen, er möge dem Kaiser -raten zurückzutreten. Über diese Frage schweben in diesem Augenblick noch wichtige Verhandlungen. Arbeiter! Parteigenossen! Wir fordern euch auf. diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes Dazwischentreten zu durchkreuzen.“ (Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Band 2, Berlin 1957, S. 289 f.)

Doch vorerst scheitern die Pläne, die Ausbreitung der Revolution war nicht mehr aufzuhalten. Die Matrosen trugen die Revolution in alle Städte an der Nord- und Ostseeküste und dann nach Mittel- und Westdeutschland. Dennoch nutzte Noske die Unerfahrenheit der Matrosen und die fehlende politische Führung aus und setzte sich an die Spitze der Truppen, er wurde zum Gouverneur der Ostseestation gewählt. Hugo Haase von der USPD unterstützte Noske und meinte, nur durch die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien könnte „Unheil“ verhindert werden.

Der Spartakus-Bund arbeitete dagegen auf die Bildung von Räten und die Ausdehnung der Revolution hin. In Stuttgart kam es zum Generalstreik, in Hamburg und Bremen zu großen Demonstrationen, die von der Polizei angegriffen wurden. Am 7./8. November ergriff die Revolution alle wichtigen Städte und Industriezentren Deutschlands, außer Berlin. In Bayern wurde der erste deutsche Königsthron gestürzt und eine demokratische Republik proklamiert, in Braunschweig der Herzog gestürzt und enteignet. Im Ruhrgebiet wurden ebenfalls überall Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. In Köln wurde der Nachschub für die Westfront blockiert, in Leipzig Kasernen gestürmt und die Polizei entwaffnet, in Dresden die Monarchie gestürzt - kurz: Deutschland erlebte eine Welle der revolutionären Arbeiter und Soldaten, die das Zepter des Handelns ergriffen hatten. Nur die Hauptstadt Berlin blieb vorerst isoliert und abgeriegelt. Die SPD- und Gewerkschaftsführung versuchte alles, um den Aufstand in Berlin zu verhindern. Jede Berichterstattung über die Ereignisse im Land wurde verhindert, die Sowjetbotschaft geschlossen.

Dennoch musste die Regierung erkennen, dass die Revolution nicht mehr aufzuhalten war, die Truppen gingen überall auf die Seite der Revolution. Die SPD wollte mit der Abdankung des Kaisers und der Wahl zu einer Nationalversammlung Beruhigung erreichen. Friedrich Ebert sagte: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.“ (GddAB, Band 3, S. 98) Dabei wollte Ebert keineswegs die Monarchie beseitigen, im Gegenteil er hoffte sie dadurch erhalten zu können.

7) Die Revolution in Berlin

Aber es brodelte in den Betrieben Berlins, der Ausschuss der Obleute kam zusammen, im Gegensatz zu Liebknecht und Pieck wollten sie aber nicht zu Aktionen aufrufen. Der Spartakus-Bund rief zum Sturz der Regierung und zur Errichtung der revolutionären Macht auf. Die Polizei durchsuchte das USPD-Büro und verhaftete Mitglieder des Ausschusses. Die Obleute beschlossen nun, auf Vorschlag des Spartakus-Bunds, für den 9. November zum Generalstreik aufzurufen und den bewaffneten Aufstand einzuleiten.

Arbeiter aus den Fabriken Berlins legten die Arbeit nieder und formierten eine große Demonstration mit bewaffneten Arbeitern und Soldaten an der Spitze und zogen ins Zentrum der Stadt. Ein Teilnehmer dieser Ereignisse berichtete: „Überall war festzustellen, daß die Arbeiter uns mit Begeisterung folgten. Unterwegs wurden die Schutzleute von den Demonstranten entwaffnet und auch einige Polizeiwachen besetzt. Widerstand wurde von der Polizei nirgends geleistet. Ihre Waffen gingen in die Hände der Arbeiter über. Wir hatten den Auftrag, uns mit den Zügen aus Moabit und aus Charlottenburg zu vereinigen und die Soldaten der Kaserne am Lehrter Bahnhof für die Revolution zu gewinnen. Das Tor der Kaserne war verschlossen. Die Massen riefen daraufhin: ‚Brüder, schießt nicht auf uns! Macht Schluß mit dem Krieg! Frieden! Weg mit Kaiser Wilhelm!‘ Da war wirklich ein tiefer, revolutionärer Geist zu verspüren. Wir, die wir bewaffnet waren, rechneten mit Schießereien und waren in Feuerstellung gegangen. Aber unsere Unterhändler haben auch diese Soldaten überzeugt und unter dem riesigen Jubel der Arbeiter veranlaßt, am Zug ... teilzunehmen.“ (GddAB, Band 3, S. 100)

Überall weigern sich die Truppen gegen die Revolution vorzugehen. Dennoch schossen aus der Maikäfer-Kaserne in der Chausseestraße Offiziere in die Menge und töteten drei Arbeiter. Daraufhin drangen Arbeiter und Soldaten in die Kaserne und verlangten die Übergabe der Mörder. An der Demonstration nahmen viele Frauen und Mütter teil, die ein menschenwürdiges Leben und politische und soziale Gleichberechtigung forderten. Das war das Ergebnis jahrelanger unermüdlicher Arbeit der deutschen Revolutionäre, Frauen zu organisieren.

Kanzler Max von Baden erklärte, dass der Kaiser abgedankt habe und übergab die Regierung an Friedrich Ebert, der versprach, die Geschäfte „im Rahmen der bestehenden Verfassung“ weiter zu führen und rief zu Ruhe und Ordnung und zum Verlassen der Straßen auf. Er kündigte die Bildung einer „Volksregierung“ mit allen bürgerlichen Kräften an.

Dennoch war Berlin in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte. Das Polizeipräsidium, das Telegrafenamtsgebäude, das Rathaus und andere Gebäude waren von den Revolutionären besetzt. Die bewaffneten Arbeiter fuhren mit Autos und roten Fahnen durch die Stadt, um die Konterrevolution zu verhindern.

Karl Liebknecht, der an der Spitze der Demonstration lief, verkündete vor dem Hohenzollern-Schloss, dass der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin das Schloß in seinen Schutz genommen habe und erklärte: „Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen. Der Friede ist in diesem Augenblick geschlossen. Das Alte ist nicht mehr. Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloß jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland.“ Er ging auf den Balkon des Schlosses und hielt eine Rede, in der er sagte: „Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in

ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. (...) Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.“ (GddAB, Band 3, S. 102)

Die SPD war mit ihrer Politik, die Revolution zu verhindern und die Monarchie zu erhalten gescheitert und änderte ihre Taktik. Scheidemann rief überhastet die „deutsche Republik“ aus. Das Ziel der SPD war nun, die Revolution einzudämmen, in dem sie sich an ihre Spitze setzte. Ebert rief zu einem Generalstreik für die „soziale Republik“ auf und begann Verhandlungen mit der USPD für eine gemeinsame Regierung.

Sie fragte auch Karl Liebknecht, um ihn unschädlich zu machen. Er stellte Bedingungen, darunter dass Deutschland eine sozialistische Republik sein soll und die Macht in die Hände der von der ganzen werktägigen Bevölkerung gewählten Vertrauensmännern gegeben werden soll und die bürgerlichen Mitglieder der Regierung ausscheiden müssen. Ebert lehnte ab, die USPD trat dennoch der Regierung bei. Es wurde eine provisorische Regierung gebildet, die sich „Rat der Volksbeauftragten“ nannte.

Die Revolution, die spontan mit dem bewaffneten Aufstand der Matrosen und der Arbeiter in Kiel ausgebrochen war, hatte sich gegen den Willen und den Widerstand der Führung der SPD in wenigen Tagen über den größten Teil Deutschlands ausgebreitet und Kaiser, Könige und Fürsten hinweggefegt. Es war eingetreten, was Friedrich Engels bereits 1887 vorausgesagt hatte: Ein von Preußen-Deutschland entfesselter Weltkrieg könne nur enden mit dem „Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt.“ (GddAB, Band 3, S. 104)

Die herrschende Klasse war paralysiert, sie konnte keinen gewaltsamen Widerstand mehr leisten, der Staatsapparat war weitestgehend lahm gelegt. Die Haupttriebkraft der Revolution war die Arbeiterklasse, sie bildete überall ihre Räte. Aber um den Kampf um die restlose Vernichtung des Militarismus und die Säuberung des Staatsapparates durchführen zu können, fehlte ihr die Führung. In den meisten Arbeiter- und Soldatenräten hatte die SPD die Mehrheit und sie bewegten sich in reformistischen Bahnen. Die unmittelbaren Ergebnisse der Novemberrevolution waren der Sturz der Monarchie, die Beseitigung der Fürstenherrschaft, die Proklamierung der Republik, die Eroberung wichtiger demokratischer Rechte und Freiheiten.

Die Konterrevolution setzte auf die SPD und die rechten Gewerkschaftsführer. Der Spartakusbund konzentrierte sich auf die Schaffung eines Organs, die „Rote Fahne“. Er rief die Arbeiter dazu auf, die Waffen nicht abzugeben und weiter zu kämpfen: „Diese Revolution muß nicht nur hinwegschwemmen alle Reste und Ruinen des Feudalismus, sie muß nicht nur brechen alle Zwingburgen des Junkertums ... ihre Losung heißt nicht nur Republik, sondern sozialistische Republik! ... Noch stehen wir am Anfang dieses schwierigen ... Weges. Nicht gilt es, sich vorschnell des errungenen Sieges zu freuen. Arbeiter und Soldaten! Organisiert euch, befestigt eure Macht! Behaltet die Waffen.“ (GddAB, Band 3, S. 106)

8) Die Wahl des Arbeiter- und Soldatenrats Berlin

Am 10. November, einen Tag nach dem Höhepunkt der Revolution in Berlin, wählten in den Berliner Kasernen und Betrieben die Arbeiter und Soldaten ihre Vertreter für die am gleichen Tag stattfindende Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Dort sollten die zentralen Organe gewählt werden: Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte und die Regierung. Diese Versammlung wurde zu einem entscheidenden Punkt der weiteren Entwicklungen.

Die SPD setzte ihren gesamten Parteiapparat in Gang, um die Wahl zu gewinnen. Otto Wels, der für die SPD diese Aufgabe übernahm, bekam von der Obersten Heeresleitung dafür Geld und Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Er stützte sich auf das vor dem Krieg existierende Betriebsvertrauensleute-Netz der SPD, die er im Gebäude des „Vorwärts“ zusammen rief. Mit Hilfe seiner Mitarbeiter schwor er die Arbeiter und Soldaten darauf ein, für paritätisch aus SPD und USPD zusammen gesetzte Regierungsorgane zu stimmen und sich gegen „bolschewistische“ Bestrebungen zu richten. Das Schlagwort sollte „Einheit“ sein. Die Soldatenräte waren vor allem von unpolitischen Soldaten und zahlreichen Offizieren geprägt. Dort konnte die SPD stark werden. Mit Soldaten und Arbeitern hielt Wels sogar eine Übung der Versammlung ab.

Auf diese Weise vorbereitet fand die Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch statt. Ebert fand allgemeine Zustimmung zu einer SPD/USPD-Regierung. Liebknecht, der sich gegen die Einheit mit der SPD aussprach, wurde unterbrochen, es kam zu Tumulten, insbesondere der Soldaten. Durch laute „Einheit! Einheit!“-Rufe musste Liebknecht seine Rede abbrechen. Die Vollversammlung bestätigte den „Rat der Volksbeauftragten“ und wählte einen Vollzugsrat mit je sieben Vertretern von SPD und USPD sowie weiteren 14 Vertretern der Soldaten, die fast alle SPD-Anhänger waren.

Die provisorische Regierung wurde von der Vollversammlung beauftragt, einen Waffenstillstand zu vereinbaren und Frieden herbei zu führen. Außerdem beschloss die Versammlung, dass das kapitalistische Eigentum vergesellschaftet werden soll und richtete Grüße an das sozialistische Russland. Es wurde deutlich, dass die Mehrheit der Arbeiter Sozialismus wollte, aber durch den langen Einfluss des Opportunismus Illusionen in die parlamentarischen Institutionen und nur unklare Vorstellungen hatte, wie der Sozialismus zu verwirklichen ist. Sie glaubten, mit dem Sturz der Monarchie und der Erringung der Republik bereits die politische Macht erobert zu haben und die Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen zu haben.

9) Die Gegenrevolution stellt sich auf

Auch Friedrich Ebert hatte sich auf die Versammlung der Arbeiter und Soldaten vorbereitet und ein längeres Telefonat mit General Groener geführt, in dem er mit ihm das gemeinsame Vorgehen abgesprochen hatte. Der Vorsitzende der SPD ging mit dem obersten General ein festes Bündnis ein, dessen Ziel die restlose Bekämpfung der Revolution war. Dazu sollten zehn zuverlässige Divisionen aufgestellt werden, um in Berlin die Revolution nieder zu werfen. Die Regierung ordnete an, dass die Befehlsgewalt der kaiserlichen Offiziere wieder herzustellen ist und die Soldatenräte nur eine beratende Stimme hätten. Die Oberste Heeresleitung blieb unter dem Vorwand der Rückführung der Soldaten erhalten und bildete das Zentrum der militärischen Gegenrevolution. Der Regierungs- und Verwaltungsapparat wurde nicht angetastet, Ebert rief alle Behörden auf, weiter zu arbeiten - und damit gegen die Arbeiter- und Soldatenräte zu arbeiten. Der „Rat der

Volksbeauftragten“ bestätigte die Spitze der Staatsbürokratie, Staatssekretäre, Chefs der Reichsbehörden, etc.

General Groener sagte später über die Vereinbarungen mit Ebert: „... wir haben uns verbündet zum Kampfe gegen den Bolschewismus. An eine Wiedereinführung der Monarchie war nicht zu denken. Unser Ziel am 10. November war die Einführung einer geordneten Regierungsgewalt, die Stützung dieser Gewalt durch Truppenmacht und die Nationalversammlung so bald wie möglich. Das erste war, daß wir uns jeweils abends zwischen 11 und 1 Uhr telefonisch vom Hauptquartier mit der Reichskanzlei auf einem Geheimdraht verständigten. Zunächst handelte es sich darum, in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Zu diesem Zwecke wurde ein Unternehmen geplant, zehn Divisionen sollten in Berlin einmarschieren ... Ebert hat zugestimmt, daß sie mit scharfer Munition einrücken. Wir haben ein Programm ausgearbeitet, das nach dem Einmarsch eine Säuberung Berlins und die Entwaffnung der Spartakisten vorsah.“ (Die Novemberrevolution in Deutschland, Dokumente und Materialien, Berlin 1958, S. 119)

Am 11. November unterzeichnete die Regierung ein Waffenstillstandsabkommen und konnte sich damit als Friedensregierung darstellen. Das Volk atmete auf, eine der Hauptfragen, die die Massen in Bewegung gebracht hatte, war gelöst. Das Regierungsprogramm der provisorischen Regierung entsprach nicht dem Beschluss der Räteversammlung. Sie stellte sich dennoch als sozialistische Regierung, die ein sozialistisches Programm verwirkliche dar. Die Errungenschaften, die bereits von der Revolution erkämpft wurden, stellte sie als ihre eigenen dar. Sie versprach den 8-Stunden-Tag, das allgemeine Wahlrecht, Arbeitslosenhilfe und einige andere Reformen. Sie gab aber vor allem eine Garantie für das Privateigentum an Produktionsmitteln für die Monopole und Großgrundbesitzer. Sie nahm keine Bodenreform und keine Enteignungen vor. Sie war eine bürgerliche, konterrevolutionäre Regierung.

Die nächsten Ziele der Konterrevolution waren die militärische Niederschlagung der revolutionären Teile und die Durchsetzung einer Nationalversammlung und damit die Entmachtung der Räte.

10) Die Rolle der Räte

Der Spartakusbund versuchte, eine Rote Garde als militärische Macht der Arbeiter- und Soldatenräte aufzubauen, was aber am Widerstand der Soldatenräte scheiterte. Die Regierung griff mehrmals die „Rote Fahne“ an, der Spartakus-Bund wurde zum Hauptziel der Konterrevolution. Er richtete zwar seine Zentrale ein, aber unterschätzte immer noch die Bedeutung der Organisation, seine Anhänger blieben Mitglieder der USPD. Ein wirksamer Kampf hatte aber organisatorische Voraussetzungen.

Die Orientierung war der Ausbau und die Wiederwahl von Arbeiter- und Soldatenräten, um dort die Mehrheitsverhältnisse zu verändern. Es sollte ein bewußter Klärungsprozess der Selbstverständigung über die Ziele, Aufgaben und Wege der Revolution initiiert werden und ein Reichsparlament der Arbeiter und Soldaten einberufen werden, das die politische Macht in die Hände nimmt. Die Bildung von Roten Garden und einer Arbeitermiliz durch die Bewaffnung der Arbeiter war notwendig, um die Revolution weiter führen zu können und den Staatsapparat zerschlagen zu können.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats erkannte dagegen die alten Behörden an und reduzierte sich und die Räte auf eine parlamentarische Kontrollfunktion ohne jede eigene Macht. SPD und USPD reduzierten den Vollzugsrat auf eine Einrichtung, die ab und zu Berichte bekommt. Viele Arbeiter- und Soldatenräte wehrten sich zwar gegen die Einsetzung der alten Gewalten, insbesondere der Offiziere und in einigen Orten leisteten sie Widerstand. Aber auf Grund der mangelnden politischen Führung zogen sie den Kürzeren.

Die einzige bewaffnete Formation der Arbeiter- und Soldatenräte war die Volksmarinedivision in Berlin, der Ende November 3200 Mann angehörten. Sie hatte ihr Quartier im Schloss und bestand vor allem aus Berliner Arbeitern, die zur Marine eingezogen wurden, die meisten von ihnen waren auf dem linken Flügel der USPD. Sie gab den Rückhalt für den Marine-Zentralrat, der tatsächlich die Marine überwachte und zum Beispiel verhinderte, dass 20.000 Marinesoldaten gegen streikende Arbeiter in Schlesien eingesetzt wurden.

Die Räte brachten trotz aller Unzulänglichkeiten die Bestrebungen der Arbeiter und Soldaten zum Ausdruck. Sie rüttelten an den Machtgrundlagen der herrschenden Klasse und waren für die Konzernherren, Militaristen und rechte Führung der SPD die größte Gefahr. Wenn in den Räten die Revolutionäre die Mehrheit gewinnen sollten, wie in Russland, drohte das Ende der kapitalistischen Ordnung.

Dennoch zeigte sich bereits in den ersten Tagen der Revolution die Auswirkung der mangelnden Vorbereitung der revolutionären Teile, die Jahre vorher mit eigenständiger Organisationsarbeit hätten beginnen müssen, um eine andere Mehrheit in den Räten zu erreichen. Die „Geschichte der KPdSU (Kurzer Lehrgang)“ kommt zu dem bitteren Schluss: „Allerdings war die Revolution in Deutschland eine bürgerliche Revolution und keine sozialistische, waren die Räte das gefügige Werkzeug des bürgerliche Parlaments, denn in den Räten herrschten die Sozialdemokraten, Paktierer vom Schlage der russischen Menschewiki, und daraus eben erklärt sich die Schwäche der Revolution. Wie schwach die Revolution dort war, ist schon daraus ersichtlich, daß sie die straflose Ermordung so hervorragender Revolutionäre wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch deutsche Weißgardisten zuließ.“ (Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang, S. 288-289)

11) Der Reichsrätekongress

Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsführung und Monopolherren kamen am 15. November zum Abschluss und sollten mit kleineren Zugeständnissen und der Anerkennung als Verhandlungspartner die Massen täuschen. Die Politik der „Arbeitsgemeinschaft“ lenkte die Arbeiter ab und verstärkte die Illusion, sie könnten den Sozialismus auch friedlich erreichen. Eine Kommission der Regierung sollte eruieren, welche Betriebe vielleicht „sozialisiert“ werden könnten. Sie schrieb viele Berichte und enteignete keinen einzigen Betrieb. Ihr Vorsitzender Karl Kautsky rief aber die Parole „Der Sozialismus marschiert“ aus und half den Kapitalisten Zeit zu gewinnen, um die Revolution nieder zu werfen.

Liebknecht und Luxemburg gewannen auf der anderen Seite immer mehr Klarheit darin, wie die Revolution vorankommen muss. In seinen Leitsätzen stellte Karl Liebknecht konkrete Forderungen auf und erklärte, dass die Bewaffnung der Arbeiter die Vorbedingungen für den Erfolg der Revolution ist. Die Frage Nationalversammlung oder Räte stand auf der Tagesordnung und in

einigen Städten folgten die Räte den Leitsätzen Liebknechts, darunter Braunschweig, Leipzig und im Ruhrgebiet. Es gab Demonstrationen gegen eine Nationalversammlung in Berlin und in Bremen.

Mitte November setzte eine erneute Streikwelle ein, in erster Linie für materielle Verbesserungen und Lohnforderungen, aber auch mit der Forderung nach Sozialisierung. Die Unternehmer wollten die Arbeiterräte ganz abschaffen, stießen aber auf Widerstand. Die Konterrevolution musste noch besser vorbereitet werden.

Es wurden überall Einwohnerwehren, Bürgerwehren, Offiziersvereinigungen aufgebaut und gegen Spartakus aufgehetzt. Otto Wels stellte eine „republikanische Soldatenwehr“ als „Schutztruppe“ der Regierung gegen Revolutionäre auf. Die antibolschewistische Liga wurde gegründet und bekam von den Konzernen 500 Millionen Mark gespendet - eine ungeheure Summe, mit der sie eine Hetzkampagne gegen Spartakus startete.

Am 6. Dezember begann Otto Wels den ersten Putschversuch und schickte irreführte Soldaten, die eine Nationalversammlung forderten ins Außenministerium. Gleichzeitig ließ er den Vollzugsrat verhaften, der aber wieder von Soldaten befreit wurde. In der Chausseestraße kam es zu einem Massaker gegen eine Demonstration des Roten Soldatenbunds, mehrmals stürmten Soldaten in die Räume der „Roten Fahne“ und nahmen Liebknecht fest, der aber wieder von Soldaten befreit wurde.

Große Protestdemonstrationen des Spartakusbunds mit über 100.000 Teilnehmern in Berlin und auch in anderen Städten brachten die Konterrevolution durcheinander. Am 10. Dezember marschierten konterrevolutionäre Truppen in Berlin ein, kamen aber noch nicht zum Einsatz gegen die Räte. Spartakus warnte vor der Konterrevolution, aber viele USPD-Anhänger erkannten die Gefahr nicht. Das Organ der USPD schloss sich der Hetze gegen den Spartakusbund an.

Vor dem ersten Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 16. bis 21. Dezember stattfand gab es vier Hauptkräfte:

1. Spartakus und andere linke Gruppen sowie linke in der USPD, die mit der Losung „Alle Macht den Räten“ die Revolution zum Sozialismus führen wollten. Sie waren die Minderheit.
2. Die bürgerliche Regierung Ebert-Haase, die von der Mehrheit der Arbeiterklasse unterstützt wurde und die Revolution beenden wollte, aber unter dem Deckmantel des Sozialismus und der Demokratie vorging.
3. Monopolkapital, Großgrundbesitzer und die gesamte Kapitalistenklasse, die die rechten Führer von SPD und Gewerkschaften zur Sicherung ihrer Macht nutzen, der sich kleinbürgerliche Schichten unterordneten.
4. Die organisierte militärische Konterrevolution, mit dem Zentrum Oberste Heeresleitung, die Freikorps aufstellten, um sobald wie möglich gegen die Revolution vorzugehen.

Dieses Kräfteverhältnis spiegelte sich im ersten Reichsrätekongress wider: 489 Delegierte, davon 289 SPD, 90 USPD, davon 10 Spartakus. Luxemburg und Liebknecht blieben ohne Mandat. Der Spartakusbund rief zu großen Demonstrationen vor dem Kongress auf, um den Forderungen der Arbeiter Ausdruck zu verleihen. Mehr als 250.000 Berliner Arbeiter demonstrierten vor dem Kongress. Sie forderten:

1. Deutschland einige sozialistische Republik.

2. Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten.
3. Der vom Zentralrat gewählte Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte als höchstes Organ der Gesetzgebung und Regierungsgewalt.
4. Beseitigung des Ebertschen Rats der Volksbeauftragten.
5. Sofortige energische Durchführung aller zum Schutze der Revolution erforderlichen Maßnahmen durch den Zentralrat, vor allem: Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung des Proletariats, Bildung der Roten Garde.
6. Sofortiger Aufruf des Zentralrats an die Proletarier aller Länder zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten zwecks Durchführung der Aufgaben der sozialistischen Weltrevolution.

Der Kongress stimmte für die Wahl zu einer Nationalversammlung, die am 19. Januar stattfinden sollte. Bis dahin sollte die Gewalt an einen Vollzugsrat gegeben werden. Damit hatten sich die Räte selbst entmachtet. Der Beschluss sah zwar auch die Demokratisierung der Armee und die Vergesellschaftung des Privateigentums vor, was aber nie realisiert wurde.

Die Mehrheit der Räte hielt die Wahl zur Nationalversammlung für eine sozialistische Entwicklung, sie erkannten nicht, dass damit die Machtfrage zu Gunsten des deutschen Imperialismus beantwortet worden war. Die Einberufung des Reichsrätekongresses war ein Wendepunkt in der Novemberrevolution, die konterrevolutionäre Politik der SPD-Führer hatte die Macht des deutschen Imperialismus gerettet.

12) Weihnachtskämpfe und Gründung der KPD

Direkt nach dem Reichsrätekongress sollte der militärische Schlag gegen die Revolution ausgeführt werden. Hauptziel war die Volksmarinedivision. Wels ließ die Löhne der Truppe sperren - kurz vor Weihnachten. Die Soldaten protestierten dagegen. Wels ließ auf sie schießen, um einen Vorwand zur Liquidierung der Truppe zu schaffen, in der Hoffnung, dass die Soldaten zurückschießen würden. Aber sie versuchten mit Verhandlungen eine Lösung zu finden. Groener ging es nicht schnell genug, er forderte einen Angriff auf die Volksmarinedivision am 24. Dezember, wenn viele Soldaten bei ihren Familien sein würden. Am Morgen des Heiligabend griffen konterrevolutionäre Truppen das Schloss an, wo sich nur 100 Soldaten aufhielten und beschossen es mit Artillerie.

Die Volksmarinedivision ergab sich aber nicht und schlug die Stoßtruppe zurück. Von Obleuten und Spartakusbund organisierte Arbeitermassen rücken vor dem Schloss an und durchbrachen die Absperrungen und forderten die Angreifer auf, die Waffen niederzulegen. Es kam zu einer Meuterei bei den Truppen, die sich weigerten, weiter zu kämpfen und ihre Offiziere davonjagten.

Der Bericht des Matrosen Franz Beiersdorf über die Verteidigung von Schloß und Marstall: „Eine Delegation der Lequistruppen verhandelt mit Dorenbach und Schulz am Begasbrunnen. Ein Offizier mutet uns zu, daß wir auf sein Ultimatum binnen 10 Minuten Schloß und Marstall räumen sollen. Laut antwortet Paul Schulz den Konterrevolutionären: Unter dem Kaiser habt ihr gedient, gegen die Arbeiter, jetzt unterstützt ihr Ebert, wieder gegen die Arbeiter, was denkt ihr von uns? Wir lehnen ab. Die Entscheidung war gefallen. Es ging los. Von der Französischen Straße her dringt ein Stoßtrupp gegen uns vor. Wir geben Feuer. Das MG in der zweiten Lücke schießt

ebenfalls. Sie müssen zurück. Doch da dringen sie schon, von der Gertraudenbrücke kommend, durch die Breite Straße vor . . . Schloß und Marstall speien Feuer. Aber wir sind uns klar, lange können wir uns nicht halten. Ein Kurier, der unter Einsatz seines Lebens von der Börse über die Spree durchkam, berichtet uns, die Arbeiter kommen. Sie stürmen die Gertraudenbrücke . Wir hatten gesiegt.“ (1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution, Berlin 1960, S. 300 f.)

Der Anschlag scheiterte, es gab 11 tote Matrosen zu beklagen, auf Regierungsseite gab es 56 Tote. Es kam zu Massendemonstrationen in ganz Deutschland gegen die Regierung Ebert-Haase, teilweise wurden Räte neu gebildet, dann ohne SPD-Mehrheit. Die Arbeiter zogen zum „Vorwärts-Gebäude“ und besetzten es, da der Vorwärts besonders gegen die Volksmarinedivision gehetzt hatte. Im ganzen Land gab es Demonstrationen und Proteste. Der Druck auf die USPD-Führung wuchs und sie trat aus der Regierung aus. Sie hatte vorgegeben, die Errungenschaft der Revolution zu sichern, war aber zur Stütze der Gegenrevolution geworden. Ihre Politik war gescheitert. Für die ausgeschiedenen Vertreter der USPD kamen Wissell und Noske ins Kabinett, das sich nun Reichsregierung nannte und noch entschiedener den konterrevolutionären Kurs verfolgte.

In dieser Situation, am 29. Dezember bis 1. Januar gründeten der Spartakus-Bund und die „Linksradikalen“ aus Bremen und anderen Orten die Kommunistische Partei Deutschlands und schufen damit endlich eine eigene organisatorische Grundlage. Das Programm setzte den Sozialismus als Ziel und stellte sich eindeutig gegen die Vorstellung eines friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus. Die Hetze des SPD-Organs „Vorwärts“, der antibolschewistischen Liga und der ganzen bürgerlichen Presse steigerte sich jetzt und richtete sich direkt gegen die KPD und ihre Führer Liebknecht und Luxemburg. Überall wurden Plakate aufgehängt mit der Parole: „Schlagt ihre Führer tot!“

13) Januarkämpfe in Berlin

Am 4. Januar wurde der linke USPD-Polizeipräsident Eichhorn abgesetzt, um die Arbeiter zu vorschnellem Losschlagen zu provozieren. Ihre Vorhut sollte noch vor der Wahl zur Nationalversammlung niedergeschlagen werden. 10.000 Mann von Freikorps und anderen paramilitärischen Truppen zogen Ende Dezember unter Befehl von General Lüttwitz - dem späteren Putschisten - nach Berlin und bereiteten den Bürgerkrieg vor. Dabei sprachen sie sich eng mit Noske und Ebert ab. Den Oberbefehl über die Truppen übernahm Noske mit der Bemerkung „Einer muss den Bluthund machen“. Der befehlshabende Offizier war Waldemar Pabst, der wenige Tage später den Mord an Liebknecht und Luxemburg leitete.

Es kam wegen der Absetzung Eichhorns zu Massenstreiks und Kundgebungen. Über 100.000 Arbeiter demonstrierten zum Polizeipräsidium, an der Spitze bewaffnete Einheiten des Roten Soldatenbunds. Die Obleute und Berliner USPD waren für die Beseitigung der Regierung Ebert, Liebknecht und Pieck auf Grund der falschen Einschätzung der Lage auch. Sie riefen zum Sturz der Regierung für den 6. Januar auf, es wurde ein Revolutionsausschuss gebildet. Er rief zum Kampf um die Macht auf, obwohl die Voraussetzungen nicht vorhanden waren. Der Ausschuss begann schnell unsicher zu werden und zu schwanken und wurde handlungsunfähig. Es kam zu

Einzelaktionen von Arbeitern, die ein leichtes Spiel für Provokateure waren. Zeitungsgebäude und weitere Gebäude der Stadt wurden besetzt, Kasernen wurden gestürmt. Die Volksmarinedivision erklärte sich neutral und wartete ab.

Obleute und USPD erklärten sich zu Verhandlungen mit der Regierung bereit und verwirrten damit die Arbeiter. Die KPD lehnte das ab und zog sich aus dem Ausschuss zurück, versuchte aber den Kampf der Arbeiter voranzubringen und für mehr Bewaffnung zu sorgen, die Konterrevolution dagegen zu entwaffnen. In ganz Deutschland kam es zu Kämpfen gegen Freikorps, aber die Kämpfe blieben isoliert.

Am 8. Januar stürmten Freikorps die Eisenbahndirektion in Berlin und weitere Gebäude. Am 9. Januar kam es zu heftigen Kämpfen am Brandenburger Tor. Die Druckerei der „Roten Fahne“ wurde gestürmt. Artillerie wurde eingesetzt, viele Arbeiter, vor allem des Arbeiter- und Soldatenrats wurden misshandelt und ermordet. Am 11. Januar stürmten Regierungstruppen das Vorwärts-Gebäude und beschossen es stundenlang mit Artillerie und Minenwerfern. Es kam zu großen Schäden und Opfern, der heldenhafte Widerstand der Arbeiter verhinderte aber das Eindringen der Soldaten.

Teilnehmer berichteten über diese Kämpfe: „Aus sicherer Deckung, für die Verteidiger, die nur über Handfeuerwaffen verfügten, unerreichbar, eröffneten die konterrevolutionären Truppen mit grosskalibrigen Geschützen und schweren Minenwerfern das Feuer auf das Gebäude. Der Artilleriebeschuss, vor allem die Minen, hatten eine verheerende Wirkung. Sie durchschlugen das Gebäude bis zum Keller. Dennoch gelang es den Stosstrupps nicht, in das Haus einzudringen. Heldenhaften Widerstand leisteten die Verteidiger, unter ihnen Frauen . . . Nach zweistündigem Beschuss war das ‚Vorwärts‘-Gebäude zu einer brennenden Ruine geworden und musste von den Verteidigern aufgegeben werden.“ Parlamentäre, die die Besatzung zu Übergabeverhandlungen ausschickte, wurden bestialisch zugerichtet und ermordet. 300 revolutionäre Arbeiter mussten sich den weissgardistischen Banden ergeben. Sie wurden mit Peitschen und Gewehrkolben schwer misshandelt; ein Teil von ihnen wurde erschossen.“ (GddAB, Band 3, S. 189)

14) Ermordung Liebknecht/Luxemburg und Wahl zur Nationalversammlung

Die Noske-Truppen besetzten ganz Berlin. Sie erhielten einen Schießbefehl, der es ihnen erlaubte, jeden der sich ihnen in den Weg stellte, sofort zu erschießen. Es setzte ein nie da gewesener Terror ein. Über 1200 Arbeiter wurden in den folgenden Tagen misshandelt, verstümmelt und erschossen, darunter viele Jugendliche. Vielen Leichen wurden die Gesichter entstellt und zur Abschreckung offen liegen gelassen.

Am Abend des 15. Januar wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ins Hotel Eden verschleppt, dem Sitz der konterrevolutionären Garde-Kavallerie-Schützen-Division. Liebknecht wurde nach einem Verhör in ein Auto gezerrt, mit dem Gewehrkolben nieder geschlagen, in den Tiergarten verschleppt und von hinten erschossen. Rosa Luxemburg wurde niedergeschlagen, in ein Auto geschleppt und aus nächster Nähe in den Kopf geschossen. Ihre Leiche wurde in den Landwehrkanal geworfen. Es kam zu großen Streiks und Kundgebungen der Arbeiter. Zur

Beerdigung Liebknichts am 25. Januar kamen zehntausende von Arbeitern, die ihm die letzte Ehre erweisen wollten.

Terror, überall Truppen und Soldaten, Hetze und Propaganda auf der einen Seite, zugleich demagogische Losungen von Sozialisierung und Demokratie: Das war die Situation bei der Wahl zur ersten Nationalversammlung. In einem Bericht über den Tag der Wahlen in Berlin heißt es: „Vor allen Wahllokalen waren Posten mit Stahlhelmen, Handgranaten und Schusswaffen aufgestellt worden. Stärkere Patrouillen zogen durch die Strassen, um die ‚Sicherheit‘ der Wahlen durchzuführen. Zuweilen rasselten mit Maschinengewehren bewaffnete Autos durch die Stadt. An verschiedenen Stellen waren Geschütze aufgestellt. Manche Stadtviertel glichen einem richtigen Heerlager.“ (GddAB, Band 3, S. 194)

Die bürgerliche Nationalversammlung und damit auch die „demokratische“ Weimarer Republik gingen aus blutigem Bürgerkrieg, aus Terror und Mord gegen die Vorhut der Arbeiterklasse und der Nation hervor. Das waren die Grundlagen der „Legalität“, mit der die imperialistische deutsche Bourgeoisie ihre Ausbeuterordnung retten und erhalten konnte. (GddAB, Band 3, S. 195)

Aus den Wahlen gingen die bürgerlichen Parteien mit einer Mehrheit hervor, die SPD wurde aber stärkste Partei. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter folgte der SPD und glaubte ohne opferreichen Kampf, mit Hilfe parlamentarischer Wahlen allmählich in den Sozialismus hineinwachsen zu können.

Bis 1923 dauerten die revolutionären Kämpfe in Deutschland an. Immer mehr Arbeiter erkannten die verräterische Rolle der SPD und schlossen sich der KPD an. Gegen Ende der 20er Jahre wurde die KPD in Berlin die stärkste Arbeiterpartei. Die deutschen Imperialisten planten ihren nächsten Krieg und mussten dafür die Arbeiterbewegung durch eine offene, terroristische Diktatur ausschalten. Viele derjenigen, die 1918/19 die Revolution erstickten, wurden Faschisten und setzten ihr Geschäft fort. Einige der Freikorps hatten bereits 1919 das Hakenkreuz am Helm - Zeichen der Zukunft, die die deutschen Kapitalisten dem deutschen Volk zu bieten hatte.

15) Die wichtigsten Lehren der Novemberrevolution

1. Die sozialistische Revolution ist objektiv notwendig und möglich - auch in einem mächtigen, imperialistischen Land. Die Arbeiterklasse verfügt über die revolutionäre Kraft und ist in der Lage, ihre eigenen Machtorgane zu bilden und zu verteidigen.
2. Die Grundfrage der Revolution ist die Frage der Macht, in der es keinen „dritten Weg“ zwischen der Herrschaft der Kapitalistenklasse und der Herrschaft der Arbeiterklasse gibt. Nur wenn die Macht der Kapitalistenklasse beseitigt wird, können Frieden, Demokratie und sozialer Fortschritt errungen und gesichert werden. Die Arbeiterklasse kann den bürgerlichen Staatsapparat nicht für ihre Zwecke nutzen, sondern muss ihn zerschlagen und durch Organe der Arbeitermacht ersetzen.
3. Ohne Organisation der Revolutionäre, ohne Kommunistische Partei, kann die Arbeiterklasse den Kampf um die Macht nicht gewinnen. Nur wenn sie auf allen Ebenen organisiert ist, wenn sie über einen Stab, sowie über zentralisiertes Wissen über den Gegner und die eigene Truppen verfügt, diszipliniert vorgeht und in der Lage ist, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und zu organisieren, kann sie den Kampf gegen Opportunismus und die

Konterrevolution gewinnen. Sie muss über ein Netz in der ganzen Klasse verfügen, damit jeder weiß, was seine Aufgabe ist. Sie muss über eine Zentrale verfügen, die in der Lage ist, den Kampf der verschiedenen Orte zusammen zu führen und zu leiten und das Bündnis mit anderen werktätigen Schichten herstellt.

4. Die Kommunistische Partei muss über die richtige und genaue Strategie verfügen, damit die Arbeiterklasse weiß, wie der Sozialismus zu erreichen ist, was die nächsten Schritte sind und welchen falschen Versprechen sie keinen Glauben schenken darf, insbesondere in der Frage der Staatsmacht.
5. Der Opportunismus in den Reihen der Arbeiterklasse ist ihr gefährlichster Feind, der Verwirrung, Demoralisierung und Verrat stiftet. Er ist ein effektives Mittel der Kapitalistenklasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, ebenso wie der offene Terror faschistischer Truppen. Sie nutzt beide Mittel gleichzeitig und in verschiedener Zusammensetzung entsprechend der Notwendigkeit im Klassenkampf. Der Schutz vor Opportunismus und Faschismus ist eine zentrale Aufgabe der Arbeiterklasse.

Kurze Zusammenfassung

1)

Der Kapitalismus entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts zum Imperialismus. Dies ergab sich gesetzmäßig aus der Entwicklung der Produktivkräfte, aus der Konzentration und Zentralisation des Kapitals.

Daraus ergibt sich eine verschärfte Konkurrenz der Nationalstaaten und Monopole um Rohstoffe, Absatzmärkte und Einflussgebiete, insbesondere für den Kapitalexport. Die Neuaufteilung der Welt ist notwendig, Wettrüsten und Krieg zwischen den imperialistischen Konkurrenten unvermeidlich.

Es handelt sich dabei um imperialistische Kriege von allen Seiten, um das Ringen um die Weltherrschaft. Es handelt sich nicht um Vaterlandsverteidigung, wie es die herrschende Klasse vorgibt.

Der Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise, der gesellschaftliche Charakter der Produktion und die private Aneignung des Mehrprodukts, vertieft sich. Es kommt zu einer gesetzmäßig ungleichmäßigen Entwicklung der einzelnen Länder. Die Klassengegensätze verschärfen sich.

Der Kapitalismus tritt in sein sterbendes Stadium, in seine allgemeine Krise. Der Imperialismus ist daher der Vorabend der sozialistischen Revolution. Die Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, die Kette der imperialistischen Länder an ihrem schwächsten Glied zu durchbrechen und die sozialistische Revolution durchzuführen. Dafür ist eine neue Organisation notwendig, die Partei neuen Typs, die kommunistische Partei.

2)

In Russland reifte die revolutionäre Situation 1917 heran, es kam zunächst zur Februarrevolution, die den Zaren stürzte. Unter Führung der Bolschewiki stürzten die Arbeiter und Bauern im Oktober 1917 die bürgerliche Regierung und errichteten die Diktatur des Proletariats. Die erste

erfolgreiche sozialistische Revolution wurde zu einem leuchtenden Vorbild für die Arbeiterklasse aller Länder.

In Deutschland reifte die Krise 1918 heran, der deutsche Imperialismus hatte sich überdehnt und begann zu schrumpfen und zu platzen. Im Januar 1918 kam es zu Massenstreiks und dem ersten revolutionären Aufbegehren der Arbeiter. Nur mit Hilfe der rechten Führer der SPD konnte der Streik abgewürgt werden.

Die militärische Niederlage war aber unvermeidlich geworden. Die Bourgeoisie begann den Übergang zu einer Friedensordnung zu planen.

Die Arbeiterbewegung war durch den Verrat der SPD 1914 gespalten. 1916 hatte sich die USPD gegründet, deren Führung aber zentristisch war: In den Worten revolutionär, in den Taten opportunistisch. Durch sie wurde die Mehrheit der revolutionären Arbeiter verwirrt und hatte unklare Vorstellungen über die Revolution und den Sozialismus. Die revolutionären Linken hatten sich im Spartakus-Bund zusammengeschlossen, blieben aber in der USPD und konnten deshalb nicht ausreichend organisatorische Stärke entfalten, die für die Revolution notwendig gewesen wäre.

3)

Im Herbst 1918 wurde die Regierung umgebildet. Sozialdemokraten beteiligten sich an einer kaiserlichen Regierung mit dem Ziel, die Ordnung zu erhalten und die Revolution zu verhindern. Die Gewerkschaftsführung und die SPD-Führung verhandelten bereits mit den Kapitalisten und der Armee über den besten Weg, die Revolution zu verhindern. Die USPD begrüßte die Regierungsbeteiligung und hemmte damit die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse.

Der Spartakusbund orientierte auf die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und die Ausrufung eines Massenstreiks, der in einen bewaffneten Aufstand übergehen soll.

4)

Die Meuterei der Matrosen und die harten Strafen gegen sie lösten den Aufstand der Kieler Matrosen und Arbeiter aus. Sie bildeten Arbeiter- und Soldatenräte, die sich auf bewaffnete Kräfte stützen konnten und besetzten Kasernen, Polizeistationen und die öffentlichen Einrichtungen.

Die Revolution breitete sich schnell über ganz Deutschland aus. Die SPD entsandte Gustav Noske, um das Ausbreiten zu verhindern und den Aufstand zu beenden. Konterrevolutionäre Truppen wurden aufgestellt.

Aber die Revolution war nicht mehr aufzuhalten. Die meisten Truppen waren nicht bereit, gegen die Revolution vorzugehen. Der Kaiser musste abdanken. Die SPD-Führung hoffte dadurch die Monarchie retten zu können.

Die Revolution erfasste auch Berlin. Die Regierung wurde gestürzt, Karl Liebknecht rief die deutsche sozialistische Republik aus. Der Arbeiter- und Soldatenrat übernahm die Macht.

Die sozialistische Revolution war der historisch objektiv notwendige Schritt und große Teile der Arbeiterklasse in Deutschland wollten den Sozialismus. Die Revolution war auch objektiv möglich.

Aber die Arbeiterklasse war von Opportunismus und falschen Vorstellungen geprägt, ihr fehlte die revolutionäre Partei, die den Kampf führen konnte.

5)

Die herrschende Klasse war im November 1918 gelähmt, sie hatte keine bewaffneten Kräfte mehr, auf die sie sich stützen konnte. Die SPD-Führung bildete eine provisorische Regierung mit der USPD und stimmte sich eng mit der Obersten Heeresleitung ab, um die Revolution zu bekämpfen.

Die Revolution ist an ihrem ersten Wendepunkt angelangt. Die Machtfrage muss entschieden werden: Liegt sie in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte oder in den Händen einer Nationalversammlung und damit den Händen der Bourgeoisie.

Die SPD-Führung bereitete sich auf die Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte vor. Es gelang ihr durch Demagogie und Stimmungsmache die Mehrheit gegen die Spartakisten zu mobilisieren. Die provisorische Regierung wurde bestätigt. Sie musste aber Zugeständnisse an die sozialistischen Bestrebungen der Mehrheit der Arbeiter hinnehmen.

6)

Die Konterrevolution stellte sich auf und suchte nach der ersten Gelegenheit, die Räte ganz zu entmachten und die Arbeiter zu entwaffnen.

Auf Grund des lange Jahre währenden Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung dachten viele Arbeiter, dass eine Republik einen friedlichen Weg zum Sozialismus ermöglichen könnte. Sie erkannten die Räte nicht als ihr Machtorgan und gaben meist die Macht freiwillig an die alten Kräfte ab.

Der Reichsrätekongress im Dezember 1918 war der nächste Wendepunkt der Revolution. Die Mehrheit votierte für eine Nationalversammlung und rettete damit unbewußt die Macht des deutschen Imperialismus. Die SPD-Führung hatte bewußt darauf hingearbeitet und war bereit, nun die revolutionären Arbeiter mit allen Mitteln zu bekämpfen.

7)

An der Jahreswende 1918/1919 wurde die KPD gegründet, sie war der überfällige Schritt zur eigenständigen Organisation der Revolutionäre. Ihr Programm war revolutionär und richtungsweisend. Sie begann mit dem Aufbau von Strukturen und der „Roten Fahne“ als Organ. Für die Wendung der Revolution war es aber bereits zu spät.

An Weihnachten 1918 konnten die revolutionären Soldaten und die Bevölkerung die Konterrevolution noch stoppen. Im Januar 1919 wurden die Arbeiter aber in einen verfrühten Angriff gelockt, sie schätzten ihre Kräfte falsch ein und wurden besiegt.

Die Regierungstruppen und Freikorps gingen mit nie da gewesener Brutalität gegen die Arbeiter vor. Artillerie, Minenwerfer, Luftwaffe, Panzerfahrzeuge und Flammenwerfer wurden gegen die Bevölkerung eingesetzt, mitten in einer Großstadt. Sie erhielten einen Schießbefehl von Noske, der es ihnen erlaubte, jeden zu erschießen. Tausende Arbeiter wurden massakriert, darunter viele Jugendliche und Frauen.

Um der Revolution den Kopf zu nehmen, riefen Freikorps zur Ermordung Luxemburgs und Liebknechts auf. Unter Anweisung und Kenntnis von Noske und Ebert wurden sie durch Freikorps ermordet.

Vier Tage später fand die erste Wahl zur Nationalversammlung unter Belagerungszustand, mit tausenden Soldaten vor den Wahllokalen statt. Die deutsche „Demokratie“ kam mit faschistischen Methoden zur Welt, ihre „Legalität“ bestand in Mord und Terror.

8)

Die großen Errungenschaften der Novemberrevolution sind

- die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten als Kampforgane der Arbeiterklasse, aber auch als Machtorgane. In manchen Orten gelingt es ihnen, länger die Macht zu halten und die Konterrevolution zurückzudrängen.
- die Gründung der KPD als Organisation der Revolutionäre, auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stehend, mit mutigen und opferbereiten Kämpfern an ihrer Spitze. Sie brachte die besten Kräfte der Arbeiterklasse zusammen und hervor.
- der Sturz der Monarchie.
- Wahlrecht und einige soziale Fortschritte, die sie aber von Anfang an gegen die Republik verteidigen musste.

9)

Die wichtigsten Lehren der Novemberrevolution:

- I. Die sozialistische Revolution ist objektiv notwendig und möglich - auch in einem mächtigen, imperialistischen Land. Die Arbeiterklasse verfügt über die revolutionäre Kraft und ist in der Lage, ihre eigenen Machtorgane zu bilden und zu verteidigen.
- II. Die Grundfrage der Revolution ist die Frage der Macht, in der es keinen „dritten Weg“ zwischen der Herrschaft der Kapitalistenklasse und der Herrschaft der Arbeiterklasse gibt. Nur wenn die Macht der Kapitalistenklasse beseitigt wird, können Frieden, Demokratie und sozialer Fortschritt errungen und gesichert werden. Die Arbeiterklasse kann den bürgerlichen Staatsapparat nicht für ihre Zwecke nutzen, sondern muss ihn zerschlagen und durch Organe der Arbeitermacht ersetzen.
- III. Ohne Organisation der Revolutionäre, ohne Kommunistische Partei, kann die Arbeiterklasse den Kampf um die Macht nicht gewinnen. Nur wenn sie auf allen Ebenen organisiert ist, wenn sie über einen Stab, sowie über zentralisiertes Wissen über den Gegner und die eigene Truppen verfügt, diszipliniert vorgeht und in der Lage ist, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und zu organisieren, kann sie den Kampf gegen Opportunismus und die Konterrevolution gewinnen. Sie muss über ein Netz in der ganzen Klasse verfügen, damit jeder weiß, was seine Aufgabe ist. Sie muss über eine Zentrale verfügen, die in der Lage ist, den Kampf der verschiedenen Orte zusammen zu führen und zu leiten und das Bündnis mit anderen werktätigen Schichten herstellt.
- IV. Die Kommunistische Partei muss über die richtige und genaue Strategie verfügen, damit die Arbeiterklasse weiß, wie der Sozialismus zu erreichen ist, was die nächsten Schritte sind und welchen falschen Versprechen sie keinen Glauben schenken darf, insbesondere in der Frage der Staatsmacht.
- V. Der Opportunismus in den Reihen der Arbeiterklasse ist ihr gefährlichster Feind, der Verwirrung, Demoralisierung und Verrat stiftet. Er ist ein effektives Mittel der Kapitalistenklasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, ebenso wie der offene Terror faschistischer Truppen.

Sie nutzt beide Mittel gleichzeitig und in verschiedener Zusammensetzung entsprechend der Notwendigkeit im Klassenkampf. Der Schutz vor Opportunismus und Faschismus ist eine zentrale Aufgabe der Arbeiterklasse.

Literatur

Darstellung der Entwicklung der Ereignisse und ihrer wichtigsten politischen Lehren:

- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, S. 5 bis 203, Dietz-Verlag, Berlin, 1966
- Lehrbuch Geschichte für den Schulunterricht, 9. Klasse, Verlag Volk und Wissen, Berlin, 1970, S. 46 bis 70
- Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band I, Der Zusammenbruch Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution, S. 7 bis 41, Dietz-Verlag, Berlin, 1955
- Heinz Wohlgemuth: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zur Novemberrevolution; Lektionen der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Dietz-Verlag, Berlin, 1960
- Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland, mit zahlreichen Bildern und Dokumenten, Dietz-Verlag, Berlin, 1968
- Wolfgang Ruge: Novemberrevolution, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 1978

Zur Entwicklung des Kapitalismus und der Lage der Arbeiterklasse bis 1918:

- Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Teil 1, Band 14, Akademie-Verlag, Berlin, 1962
- Jürgen Kuczynski: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Band 5, PapyRossa-Verlag, Köln, 1993

Dokumente und Materialien zur Novemberrevolution:

- Vorwärts und nicht vergessen, Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/19, Dietz-Verlag, Berlin, 1958
- Jörg Berlin: Die deutsche Revolution 1918/1919, Quellen und Deokumente, Pahl-Rugenstein, Köln, 1979
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe 2, Dietz-Verlag, Berlin, 1958
- Spartakusbriefe, Materialien des Spartakus-Bunds bis Oktober 1918, Dietz-Verlag, Berlin, 1958

Texte anlässlich der Jahrestage der Novemberrevolution:

- Ernst Thälmann (1928): 9. November 1918 - die Geburtsstunde der deutschen Revolution, in: Ernst Thälmann: Geschichte und Politik, Dietz-Verlag, Berlin, 1973, S. 97
- Otto Grotewohl: Dreiðig Jahre später, Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Dietz-Verlag, Berlin, 1953
- Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Thesen des ZK der SED anlässlich des 40. Jahrestags der Novemberrevolution, Dietz-Verlag, Berlin, 1958

Zu einzelnen Aspekten der Novemberrevolution:

- Werner Richter: Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914-1919), Tribüne-Verlag, Berlin, 1959
- Heinz Oeckel: Die revolutionäre Volkswehr 1918/19, Deutscher Militärverlag, Berlin, 1968
- Albert Schreiner: Zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871-1945, Dietz-Verlag, Berlin, 1952
- Berthold/Neef: Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 1978 (vertiefend zum Bündnis der SPD mit der Obersten Heeresleitung, mit vielen Dokumenten)
- Ingo Materna: Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19, Dietz-Verlag, Berlin, 1978
- Kurt Fischer: Die Berliner Abwehrkämpfe 1918/19, Verlag des Ministeriums für nationale Verteidigung, Berlin, 1956